



Statistische Berichte



Kennziffer: F II 1 m 01/10

April 2010

Baugenehmigungen in Hessen im Januar 2010

Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden

Impressum

Dienstgebäude: Rheinstraße 35/37, 65185 Wiesbaden

Briefadresse: 65175 Wiesbaden

Ihre Ansprechpartner für Fragen und Anregungen zu diesem Bericht

Frau Dr. Wincierz	0611 3802-401
Herr Pfennig	0611 3802-407
E-Mail	bauen@statistik-hessen.de
Telefax	0611 3802-495
Internet	http://www.statistik-hessen.de

Copyright

© Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, 2010

Auszugsweise Vervielfältigung und Verbreitung mit Quellenangabe gestattet.

Allgemeine Geschäftsbedingungen

Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen sind unter

<http://www.statistik-hessen.de/publikationen/geschaeftsbedingungen/index.html>
abrufbar.

Zeichenerklärungen

- = genau Null (nichts vorhanden) bzw. keine Veränderung eingetreten
- 0 = Zahlenwert ungleich Null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle
- . = Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
- ... = Zahlenwert lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor
- () = Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch unsicher ist
- / = keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug
- x = Tabellenfeld gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
(oder bei Veränderungsraten ist die Ausgangszahl kleiner als 100)
- D = Durchschnitt
- s = geschätzte Zahl
- p = vorläufige Zahl
- r = berichtigte Zahl

Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind nur negative Veränderungsraten und Salden mit einem Vorzeichen versehen. Positive Veränderungsraten und Salden sind ohne Vorzeichen. Im Allgemeinen ist ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet worden. Das Ergebnis der Summierung der Einzelzahlen kann deshalb geringfügig von der Endsumme abweichen.

Vorbemerkungen

Der Bericht enthält die Ergebnisse der Statistik über die Baugenehmigungen im Hochbau, die auf den monatlichen Meldungen der hessischen Bauaufsichtsbehörden über die erteilten Baugenehmigungen beruhen. Die Baugenehmigungserhebung gehört neben der Baufertigstellungs- und Bauüberhangserhebung sowie der Bauabgangserhebung zur Statistik der Bautätigkeit im Hochbau. Diese auch als Bautätigkeitsstatistik bezeichnete Statistik liefert Informationen über die gebäudebezogenen Daten im Hochbau, wie Zahl der Wohnungen, Rauminhalt, Wohn- und Nutzfläche, veranschlagte Kosten usw. und ist, neben der Statistik der Auftragsentwicklung im Bauhauptgewerbe, Indikator zur Beurteilung der Lage von Bauwirtschaft und Wohnungsmarkt. Weiterhin liefert die Bautätigkeitsstatistik Daten von städtebaulich relevanten Inhalten, wie z. B. die Zugehörigkeit des Baugrundstückes zu den Gebietskategorien im Sinne des Bundesbaugesetzes.

Rechtsgrundlage

Die Statistik der Bautätigkeit im Hochbau ist angeordnet durch das Gesetz über die Statistik der Bautätigkeit im Hochbau und die Fortschreibung des Wohnungsbestandes (Hochbaustatistikgesetz — HBauStatG) vom 5. Mai 1998 (BGBl. I S. 869) in Verbindung mit dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz — BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 16. Juni 1998 (BGBl. I S. 1300).

Begriffserläuterungen

Anstaltsgebäude

Anstaltsgebäude sind Nichtwohngebäude, in denen überwiegend Personen untergebracht sind und die Einrichtungen für die zentrale Haushaltsführung aufweisen. Dazu zählen u. a. Krankenhäuser, Justizvollzugsanstalten, Ferien- und Erholungsheime, Kasernen, Bereitschaftsgebäude, Klöster, Heime von Unterrichtsanstalten, Altenpflege- und andere Pflegeheime.

Bauherr

Bauherr ist der rechtlich und wirtschaftlich verantwortliche Auftraggeber bei einem Bauvorhaben. Der Bauherr wird zum Zeitpunkt der Baugenehmigung festgestellt.

Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden

Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden sind bauliche Veränderungen durch Umbau-, Ausbau-, Erweiterungs- oder Wiederherstellungsmaßnahmen.

Büro- und Verwaltungsgebäude

Büro- und Verwaltungsgebäude sind Nichtwohngebäude, die überwiegend Büro- und Verwaltungszwecken dienen.

Erhebungseinheiten

Erhebungseinheiten sind (Wohn- oder Nichtwohn-)Gebäude oder Gebäudeteile. Es werden neben der Errichtung neuer Gebäude auch Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden erfasst. Dabei werden im Wohnbau alle genehmigungspflichtigen oder zustimmungsbedürftigen Hochbaumaßnahmen einbezogen. Von der Erhebung ausgenommen sind lediglich behelfsmäßige Unterkünfte (z. B. Baracken, Gartenlauben, Wohncontainer) sowie Ferien-, Sommer- und Wochenendhäuser unter einer Mindestgröße von 50 m² Wohnfläche. Im Nichtwohnbau werden so genannte Bagatellobjekte bis zu einem Volumen von 350 m³ oder 18.000 Euro veranschlagte Kosten des Bauwerkes nicht erhoben.

Errichtung neuer Gebäude

Unter Errichtung neuer Gebäude werden Neu- oder Wiederaufbauten verstanden, wobei als Wiederaufbau der Aufbau zerstörter oder abgerissener Gebäude ab Oberkante des noch vorhandenen Kellergeschosses gilt.

Gebäude

Als Gebäude gelten gemäß der Systematik der Bauwerke selbstständig benutzbare, überdachte Bauwerke, die auf Dauer errichtet sind. Sie können von Menschen betreten werden und sind geeignet oder bestimmt, dem Schutz von Menschen, Tieren oder Sachen zu dienen. Wesentliches Kriterium ist die Überdachung. Gebäude in diesem Sinne können auch selbstständig benutzbare unterirdische Bauwerke mit der o. g. Zweckbestimmung sein (z. B. unterirdische Krankenhäuser, Ladezentren, Tiefgaragen).

Infrastrukturgebäude

Infrastrukturgebäude im Nichtwohnbau sind im Wesentlichen nur Gebäude von unmittelbarem öffentlichem Interesse, also Gebäude des Bildungs- und Kultursektors, im Gesundheits-, Sozial- und Verkehrswesen, im Bereich der Ver- und Entsorgung, des Sports und der Freizeitgestaltung.

Landwirtschaftliche Betriebsgebäude

Landwirtschaftliche Betriebsgebäude sind Nichtwohngebäude, die überwiegend land- und forstwirtschaftlichen, Gärtnerei- oder Fischereizwecken dienen.

Nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude

Nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude sind Nichtwohngebäude, die bei der Herstellung von Gütern oder bei der Erbringung von Dienstleistungen genutzt werden. Zu ihnen gehören u. a. Fabrik- und Werkstattgebäude, Handels- und Lagergebäude, Hotels, Gasthöfe und Pensionen sowie Gaststättegebäude, aber auch Filmtheater oder Spielbanken.

Nichtwohngebäude

Nichtwohngebäude sind Gebäude, die überwiegend (mindestens zu mehr als der Hälfte der Nutzfläche) Nichtwohnzwecken dienen. Zu den Nichtwohngebäuden gehören u. a. Anstaltsgebäude, Büro- und Verwaltungsgebäude, Infrastrukturgebäude, landwirtschaftliche Betriebsgebäude und nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude sowie sonstige Nichtwohngebäude.

Nutzflächen

Nutzflächen im Sinne der Bautätigkeitsstatistik sind die anrechenbaren Flächen in Gebäuden oder Gebäudeteilen, die nicht Wohnzwecken dienen. Sie errechnet sich durch Abzug der Wohnflächen von den Nutzflächen nach DIN 277 (die die Wohnflächen mit in die Nutzflächen einbezieht).

Öffentliche Bauherren

Als öffentliche Bauherren gelten die Gebietskörperschaften sowie die Sozialversicherung. Zu den Gebietskörperschaften zählen der Bund, die Länder und die Gemeinden sowie die Gemeindeverbände, außerdem die Zweckverbände, die von den Gebietskörperschaften gebildet werden und Aufgaben erfüllen, die üblicherweise den Gebietskörperschaften gestellt sind. Nicht zu den Gebietskörperschaften gehören die in ihrem Eigentum befindlichen Unternehmen, unabhängig von deren Rechtsform. Zur Sozialversicherung zählen die Träger der sozialen Rentenversicherung, der sozialen Krankenversicherung, der gesetzlichen Unfallversicherung, der Altersrentenversicherung der Landwirte und der Zusatzversicherungseinrichtungen für Angehörige des öffentlichen Dienstes.

Organisationen ohne Erwerbszweck

Organisationen ohne Erwerbszweck sind Vereine, Verbände und andere Zusammenschlüsse, die gemeinnützige Zwecke verfolgen oder der Förderung bestimmter Interessen ihrer Mitglieder bzw. anderer Gruppen dienen und

nicht auf die Erzielung eines wirtschaftlichen Ertrages ausgerichtet sind. Z. B. sind das Kirchen, religiöse und weltliche Vereinigungen, Organisationen der Erziehung, Wissenschaft, Kultur sowie der Sport- und Jugendpflege, Organisationen des Wirtschaftslebens und der Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, Berufsorganisationen und Wirtschaftsverbände, politische Parteien.

Private Haushalte

Private Haushalte sind alle natürlichen Personen sowie Personengemeinschaften ohne eigene Rechtspersönlichkeit. Entscheidend für die Zuordnung von Einzelunternehmern oder freiberuflich tätigen Personen ist die Zurechenbarkeit des Bauvorhabens zum Betriebs- oder zum Privatvermögen.

Rauminhalt

Der Rauminhalt ist das von den äußeren Begrenzungsflächen eines Gebäudes umschlossene Volumen (Brutto-rauminhalt = überbaute Fläche x anzusetzende Höhe).

Sonstige Nichtwohngebäude

Unter sonstigen Nichtwohngebäuden werden Kindertagesstätten, Schul- und Hochschulgebäude, Gebäude von Forschungseinrichtungen, Museen, Theater, Opernhäuser, Bibliotheken, Kongresshallen, Kirchen und sonstige Kultgebäude, medizinische Behandlungsinstitute sowie Sportgebäude und andere Nichtwohngebäude, wie Freizeit- und Dorfgemeinschaftshäuser, subsumiert.

Unternehmen

Zu den Unternehmen als Bauherren zählen Wohnungsunternehmen, Immobilienfonds sowie sonstige Unternehmen. **Wohnungsunternehmen** sind Unternehmen, die Wohngebäude errichten lassen, um die Wohnungen zu vermieten oder zu verkaufen. Nicht dazu gehören vorübergehende Bauträger. **Immobilienfonds** (Anlagefonds, deren Mittel in Wohn- oder Nichtwohngebäuden angelegt werden) sind nur dann Bauherren im Sinne der Bautätigkeitsstatistik, wenn der Fondsträger selbst als Bauherr auftritt. Alle anderen Unternehmen der Land- und Forstwirtschaft, des Produzierenden Gewerbes, des Handels, des Kredit- und Versicherungsgewerbes, des Verkehrs, der Nachrichtenübermittlung sowie des Dienstleistungssektors werden zu den **sonstigen Unternehmen** gerechnet.

Veranschlagte Kosten

Die veranschlagten Kosten im Sinne der Bautätigkeitsstatistik beinhalten die Kosten für die Baukonstruktion (einschl. der Erdarbeiten) sowie die Kosten der technischen Anlagen jeweils incl. Umsatzsteuer.

Wohnfläche

Die Wohnfläche ist die Summe der anrechenbaren Grundflächen der Wohn- und Schlafräume, einschl. der Küchen und Nebenräume (Dienen, Abstellräume, Bäder) mit einer lichten Höhe von mindestens 2 m. Anteilig anrechenbar sind Grundflächen in Räumen mit Höhen zwischen 1 und 2 m sowie von Balkonen, Loggien, Wintergärten u. ä. Nicht mitgerechnet werden Flächen der Zubehörräume (z. B. Keller, Waschküchen, Dachböden), der Wirtschaftsräume außerhalb der Wohnungen sowie der Geschäftsräume und der zur gemeinsamen Nutzung verfügbaren Räume.

Wohngebäude

Wohngebäude sind Gebäude, bei denen mindestens die Hälfte der Fläche für Wohnzwecke genutzt wird. In Wohngebäuden kann ein Teil der Gesamtnutzfläche z. B. zu gewerblichen Zwecken genutzt werden.

Wohnungen

Unter einer Wohnung versteht man die Gesamtheit der Räume, die die Führung eines eigenen Haushaltes ermöglichen, darunter stets eine Küche bzw. ein Raum mit Kochgelegenheit. Eine Wohnung hat grundsätzlich einen abschließbaren Zugang sowie einen Anschluss an die Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung.

1. Entwicklung der Baugenehmigungen

Berichtszeitraum		Baugenehmigungen für Errichtung neuer Gebäude								Wohnungen ins- gesamt ¹⁾	
		Wohnbau					Nichtwohnbau				
		Gebäude	Raum- inhalt	Wohnungen		veran- schlagte Kosten des Bauwerks	Gebäude	Raum- inhalt	Nutz- fläche		veran- schlagte Kosten des Bauwerks
				ins- gesamt	Wohn- fläche						
			1000 m ³		1000 m ²	1000 €		1000 m ³	1000 m ²	1000 €	
1995		10 746	15 197	34 284	2 738	3 494 438	2 647	10 835	2 333	1 791 086	42 692
1996		10 153	13 558	27 356	2 494	3 177 278	2 821	9 970	2 107	1 796 192	34 225
1997		10 415	12 764	24 090	2 403	2 928 623	2 744	9 192	2 033	1 521 717	29 819
1998		11 935	13 465	23 771	2 533	3 001 901	2 858	8 206	1 964	1 483 297	28 928
1999		12 574	13 809	22 981	2 553	3 280 385	3 248	9 692	2 275	1 578 799	27 330
2000		10 959	12 250	19 980	2 260	2 629 536	2 942	10 499	2 237	2 012 422	23 618
2001		9 217	11 107	18 327	2 033	2 449 879	2 486	15 999	2 687	2 376 108	21 807
2002		8 620	9 616	16 642	1 816	2 242 223	1 840	14 101	2 425	2 394 865	19 520
2003		8 334	9 272	14 898	1 707	2 131 167	1 620	12 809	2 254	2 026 930	17 388
2004		9 598	10 353	16 545	1 888	2 372 492	1 909	11 909	1 859	1 409 854	19 521
2005		8 344	9 007	14 579	1 679	2 061 675	1 924	10 731	1 695	1 363 561	16 914
2006		8 978	9 069	14 733	1 690	2 096 094	1 841	13 385	2 037	1 815 744	17 202
2007		5 580	7 009	12 135	1 278	1 631 967	1 834	16 016	2 344	2 223 866	14 441
2008		4 853	5 977	10 273	1 095	1 490 914	1 742	17 388	2 678	2 986 545	12 126
2009		5 047	5 984	9 764	1 119	1 536 208	1 612	13 270	2 191	2 383 944	11 226
2009	Januar	365	432	700	84	111 095	108	1 294	209	237 555	766
	Februar	340	396	656	77	100 264	92	811	121	90 585	717
	März	379	459	739	82	114 730	128	1 521	260	274 560	912
	April	462	513	799	95	124 825	107	913	129	96 965	783
	Mai	415	600	1 014	113	154 491	108	1 624	267	359 427	1 200
	Juni	425	532	874	99	137 393	141	1 108	187	224 326	971
	Juli	454	499	798	92	127 649	175	1 272	196	198 065	1 111
	August	423	476	784	89	120 990	139	641	105	95 342	886
	September	445	451	668	82	118 804	142	888	177	163 551	814
	Oktober	486	549	862	102	145 328	153	1 014	146	167 236	1 017
	November	424	509	793	96	135 012	168	987	197	219 219	897
	Dezember	429	568	1 077	109	145 627	151	1 198	196	257 113	1 152
2010	Januar	328	420	745	72	114 101	88	612	102	109 024	933
	Februar										
	März										
	April										
	Mai										
	Juni										
	Juli										
	August										
	September										
	Oktober										
	November										
	Dezember										

Veränderung Januar 2010 gegenüber Januar 2009 in %

– 10,1 – 2,8 6,4 – 13,5 2,7 – 18,5 – 52,7 – 51,2 – 54,1 21,8

1) In Wohn- und Nichtwohngebäuden (einschl. Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden).

2. Genehmigungen im Wohn- und Nichtwohnbau

Lfd. Nr.	Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Baugenehmigungen für Errichtung neuer Wohngebäude						
		Gebäude	Rauminhalt	Wohnungen		veran- schlagte Kosten des Bauwerks	Wohngebäude mit 1 oder 2 Wohnungen	
				insgesamt	Wohnfläche		Gebäude	Wohnungen
			1000 m ³	1000 m ²	1000 €			
1	Darmstadt, St.	6	9	14	1,3	2 298	5	6
2	Frankfurt am Main, St.	24	89	288	15,7	27 799	15	16
3	Offenbach am Main, St.	8	4	8	1,1	1 040	8	8
4	Wiesbaden, St.	13	27	47	4,8	7 803	9	10
5	Bergstraße	26	24	35	4,5	6 411	24	27
6	Darmstadt-Dieburg	14	12	19	2,2	3 050	13	16
7	Groß-Gerau	6	24	5	0,8	7 253	5	5
8	Hochtaunuskreis	18	19	29	3,3	4 745	16	16
9	Main-Kinzig-Kreis	30	27	35	5,1	7 056	29	32
10	Main-Taunus-Kreis	13	19	26	3,8	5 187	12	13
11	Odenwaldkreis	1	1	1	0,2	300	1	1
12	Offenbach	10	14	23	2,6	3 696	8	9
13	Rheingau-Taunus-Kreis	11	9	11	1,6	2 388	11	11
14	Wetteraukreis	34	27	39	5,2	6 873	33	34
15	Reg.-Bez. D a r m s t a d t	214	306	580	52,0	85 899	189	204
16	Gießen	18	21	34	3,9	5 025	15	17
17	Lahn-Dill-Kreis	19	19	25	3,3	4 425	18	20
18	Limburg-Weilburg	17	16	20	2,9	4 020	16	17
19	Marburg-Biedenkopf	15	13	17	2,2	3 399	15	17
20	Vogelsbergkreis	4	3	4	0,5	716	4	4
21	Reg.-Bez. G i e ß e n	73	71	100	12,9	17 585	68	75
22	Kassel, St.	2	2	2	0,3	484	2	2
23	Fulda	11	10	13	1,8	2 355	11	13
24	Hersfeld-Rotenburg	5	12	24	1,9	2 915	4	4
25	Kassel	13	12	15	2,0	2 813	13	15
26	Schwalm-Eder-Kreis	4	3	4	0,6	788	4	4
27	Waldeck-Frankenberg	4	3	5	0,7	874	4	5
28	Werra-Meißner-Kreis	2	1	2	0,2	388	2	2
29	Reg.-Bez. K a s s e l	41	43	65	7,6	10 617	40	45
30	Land H e s s e n davon	328	420	745	72,4	114 101	297	324
31	kreisfreie Städte	53	131	359	23,1	39 424	39	42
32	Landkreise	275	289	386	49,3	74 677	258	282

1) Einschl. Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden. — 2) Negative Werte können sich aus „neuer Zustand minus alter Zustand“ bei Baumaßnahmen an

im Januar 2010 nach Verwaltungsbezirken

Baugenehmigungen für Errichtung neuer Nichtwohngebäude					Baugenehmigungen insgesamt ^{1) 2)}					Lfd. Nr.
Gebäude	Raum- inhalt	Nutz- fläche	Woh- nungen	veran- schlagte Kosten des Bauwerks	Gebäude/ Baumaß- nahmen	Nutz- fläche	Wohnungen		veran- schlagte Kosten des Bauwerks	
				ins- gesamt			Wohn- fläche			
	1000 m ³	1000 m ²		1000 €		1000 m ²	1000 m ²	1000 €		
2	9	2,0	—	1 585	28	3,1	29	2,6	8 721	1
6	63	11,4	—	22 242	109	16,3	373	19,9	85 193	2
—	—	—	—	—	15	0,2	7	1,0	1 597	3
6	85	14,4	—	12 953	52	17,1	68	7,1	31 013	4
3	18	2,0	—	1 067	52	4,8	37	5,2	12 233	5
3	24	3,2	—	1 973	45	7,0	23	3,1	11 229	6
4	31	6,0	—	6 240	29	6,8	17	2,0	15 988	7
1	2	0,4	2	570	27	2,2	35	4,2	6 621	8
5	14	2,5	—	1 566	59	5,1	23	5,5	11 392	9
3	14	2,0	—	1 403	33	3,4	29	4,4	9 075	10
5	9	1,5	—	515	8	1,9	1	0,2	1 400	11
3	13	3,0	2	3 784	26	4,5	27	3,3	16 554	12
5	12	2,2	—	3 109	24	3,2	15	2,1	7 871	13
2	7	1,0	—	614	49	3,5	44	5,8	9 539	14
48	301	51,6	4	57 621	556	78,9	728	66,1	228 426	15
2	16	3,4	—	2 876	31	4,8	42	5,0	9 028	16
3	32	4,3	1	3 803	36	6,2	28	3,9	10 703	17
6	23	4,3	—	4 388	49	5,8	25	3,3	10 739	18
1	10	1,1	—	960	31	2,6	14	2,3	7 974	19
2	6	1,0	—	500	9	1,2	5	0,7	1 604	20
14	86	14,1	1	12 527	156	20,6	114	15,2	40 048	21
4	82	14,9	—	24 969	13	15,6	2	0,3	26 501	22
9	48	8,6	—	3 800	40	9,8	35	3,2	9 407	23
1	1	0,2	—	118	16	2,3	26	2,3	5 177	24
9	73	8,8	—	6 386	34	13,3	16	2,2	14 238	25
1	18	3,3	—	3 465	11	3,7	4	0,6	8 691	26
2	4	0,6	—	138	11	1,1	6	0,8	1 578	27
—	—	—	—	—	6	0,2	2	0,4	668	28
26	226	36,5	—	38 876	131	46,0	91	9,8	66 260	29
88	612	102,2	5	109 024	843	145,5	933	91,2	334 734	30
18	239	42,7	—	61 749	217	52,2	479	30,9	153 025	31
70	373	59,5	5	47 275	626	93,3	454	60,3	181 709	32

bestehenden Gebäuden ergeben (Nutzungsänderungen).

3. Baugenehmigungen für Wohnbauten im Januar 2010

Gebäudeart — Bauherrengruppe	Baugenehmigungen für Errichtung neuer Gebäude					Baugenehmigungen insgesamt ^{1) 2)}			
	Ge- bäude	Raum- inhalt	Wohnungen		veran- schlagte Kosten des Bau- werks	Ge- bäude/ Baumaß- nahmen	Woh- nungen	Wohn- räume	veran- schlagte Kosten des Bau- werks
			ins- gesamt	Wohn- fläche					
		1000 m ³		1000 m ²	1000 €				1000 €
Wohngebäude mit 1 Wohnung	270	217	270	40,4	55 757
Wohngebäude mit 2 Wohnungen	27	34	54	5,9	8 516
Wohngebäude mit 3 oder mehr Wohnungen	30	150	421	26,0	43 783
Wohnheime	1	19	—	—	6 045	1	—	220	6 045
Wohngebäude i n s g e s a m t	328	420	745	72,4	114 101	573	933	4 361	147 903
darunter									
Wohngebäude mit Eigentumswohnungen	17	75	133	13,2	22 070	45	143	687	29 568
Von den Wohngebäuden entfielen auf:									
öffentliche Bauherren	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Unternehmen	87	167	430	30,0	46 615	140	473	1 625	56 766
davon									
Wohnungsunternehmen	69	123	360	22,4	33 698	105	385	1 210	40 713
Immobilienfonds	—	—	—	—	—	1	—	—	158
sonstige Unternehmen	18	44	70	7,7	12 917	34	88	415	15 895
private Haushalte	240	233	315	42,3	61 441	429	393	2 424	81 147
Organisationen ohne Erwerbszweck	1	19	—	—	6 045	4	67	312	9 990

4. Baugenehmigungen für Nichtwohnbauten im Januar 2010

Gebäudeart — Bauherrengruppe	Baugenehmigungen für Errichtung neuer Gebäude					Baugenehmigungen insgesamt ^{1) 2)}			
	Ge- bäude	Raum- inhalt	Nutz- fläche	Woh- nungen	veran- schlagte Kosten des Bau- werks	Ge- bäude/ Baumaß- nahmen	Nutz- fläche	Woh- nungen	veran- schlagte Kosten des Bau- werks
		1000 m ³	1000 m ²		1000 €		1000 m ²		1000 €
Anstaltsgebäude	2	43	10,5	—	10 064	10	15,0	— 1	18 165
Büro- und Verwaltungsgebäude	3	71	13,8	2	20 750	34	15,5	2	47 635
Landwirtschaftliche Betriebsgebäude	16	47	7,5	—	2 502	22	7,7	—	2 652
Nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude	43	296	42,2	1	29 989	114	47,9	2	45 548
darunter									
Fabrik- und Werkstattgebäude	8	52	8,6	1	8 027	32	11,4	1	12 661
Handels- und Lagergebäude	18	209	25,3	—	13 340	46	27,3	2	20 202
Hotels und Gaststätten	3	19	5,2	—	5 645	14	5,9	— 1	9 326
Sonstige Nichtwohngebäude	24	155	28,3	2	45 719	90	34,8	— 3	72 831
Nichtwohngebäude i n s g e s a m t	88	612	102,2	5	109 024	270	120,9	—	186 831
davon entfielen auf:									
öffentliche Bauherren	21	117	21,7	—	38 021	71	28,6	— 4	68 842
Unternehmen	49	456	73,5	1	62 081	141	83,9	3	103 944
davon									
Land- und Forstwirtschaft	18	55	8,9	—	2 937	26	9,1	1	3 943
Produzierendes Gewerbe	11	155	25,4	1	29 221	36	28,6	1	37 499
Handel, Kreditinstitute, Versicherungs- gewerbe, Dienstleistungen, Verkehr und Nachrichtenübermittlung	20	245	39,1	—	29 923	79	46,2	1	62 502
private Haushalte	14	14	2,5	2	2 159	34	3,2	—	3 179
Organisationen ohne Erwerbszweck	4	27	4,6	2	6 763	24	5,3	1	10 866

1) Einschl. Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden. — 2) Negative Werte können sich aus „neuer Zustand minus alter Zustand“ bei Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden ergeben (Nutzungsänderungen).